



Juso-Initiative: Angriff auf mittelständische Wirtschaft

Die «99-Prozent-Initiative» der Juso will Kapitaleinkommen ab einem bestimmten Schwellenwert im Umfang von 150 Prozent besteuern. Massgeblich betroffen sind Familienunternehmer und Start-up-Gründer fernab der vermögendsten ein Prozent. Aktuelle Berechnungen der Steuerexperten von Taxpartner belegen das extreme Ausmass der Zusatzbelastung.

Die Corona-Pandemie wird die Unternehmen noch über längere Zeit belasten. Sie stellt die Überlebensfähigkeit vieler KMU hart auf die Probe. Umso wichtiger ist es, unnötige Zusatzbelastungen und Risiken zu vermeiden. Die Juso-Initiative kommt dabei denkbar ungelegen. In klassenkämpferischer Manier wollen die Initiantinnen und Initianten die Besteuerung von Kapitaleinkommen radikal umbauen. Selbst grundlegende Verfassungsnormen **werden grob missachtet**. Auch deshalb hat der Vorstand von economiesuisse bereits am 3. September frühzeitig und klar die Nein-Parole gefasst.

Auch der breite Mittelstand ist von der Initiative betroffen. Die Initiantinnen und Initianten verschleiern dies gekonnt durch einen beispiellos vagen Verfassungstext und dessen willkürliche Auslegung. Mit Blick auf die anstehende Debatte im Nationalrat soll jedoch Klarheit herrschen. economiesuisse hat deshalb zusammen mit Swiss Family Business eine Studie in Auftrag gegeben. Die Berechnungen von Taxpartner zeigen die Auswirkungen der Initiative in drei Bereichen: auf die laufende Besteuerung mittelständischer Unternehmen, auf die Nachfolgeplanung bei Familienunternehmen sowie auf den Verkauf von Start-up-Gründeraktien.

Nachfolgelösungen bei Familienunternehmen gefährdet

Bereits bei der laufenden Besteuerung zeigt sich eine erhebliche Zusatzbelastung der Unternehmer. Das jährlich verfügbare Einkommen sinkt um rund 10 bis 30 Prozent (je nach Kanton). Besonders gravierende Steuerfolgen ergeben sich bei Nachfolgeregelungen in Familienunternehmen. Der Nettoerlös des abtretenden Unternehmers sinkt um rund ein Viertel bis deutlich über die Hälfte. Diese Mittel werden aber benötigt für den Lebensunterhalt des Patrons im Alter oder die Erbteilung unter Geschwistern. Der Mittelabfluss an den Staat muss damit letztlich vom Nachfolger aus dem übernommenen Unternehmen finanziert werden. Das führt notwendigerweise zu einem erheblichen Verlust an Firmensubstanz.

Das Ende des Start-up-Standorts Schweiz

Massiv erschwert wird schliesslich das Geschäftsmodell von Start-ups. Gründer und frühe Mitarbeitende geben sich mangels Liquidität des Jungunternehmens oft mit sehr moderaten Löhnen zufrieden. Entschädigt werden sie dafür beim späteren Verkauf ihrer Gründer- und Mitarbeiteraktien. Mit der Juso-Initiative sinkt der Nettoerlös jedoch um rund ein Viertel bis deutlich über die Hälfte. Start-up-Gründer werden die Schweiz als Standort künftig meiden oder ihre Firmen vor dem Verkauf in andere Länder verlegen.

Weiterführende Informationen aus der Studie «Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150 Prozent auf mittelständische Unternehmen und besonders Familienunternehmen in der Schweiz» (Zürich, August 2020) von Taxpartner finden Sie unter folgenden Links:

[Kurzzusammenfassung der Ergebnisse](#)

[Executive Summary](#)

[Vollständige Studie](#)